

Legislaturziele 2005 – 2008



MIT NACHHALTIGER POLITIK ZU EINEM GESUNDEN FINANZHAUSHALT

Der Liestaler Stadtrat hat die Legislaturziele für die Jahre 2005 bis 2008 festgelegt und drei Schwerpunkte definiert: die Wiedergewinnung des finanziellen Handlungsspielraums, die Aufwertung des Lebensraums sowie die Verstärkung der regionalen Vernetzung. Als zusätzlichen Schwerpunkt hat der Stadtrat die Nachhaltigkeit des politischen Handelns in den Legislaturzielen verankert. Dabei geht es darum, politisch so zu planen und zu handeln, dass ein dauerhaft ausgewogenes Verhältnis zwischen

Umwelt, Wirtschaft und Gesellschaft entsteht, welches auch den nachfolgenden Generationen noch genügend Gestaltungsspielraum lässt. Als Basis dient das 2002 vom Kanton ins Leben gerufene Nachhaltigkeits-Projekt «Impuls 21». Dessen Grundsätze bestehen darin, die Baselbieter Gemeinden auf freiwilliger Basis zu motivieren, ihr Tagesgeschäft und ihre Aufgaben im Sinne der Nachhaltigkeit umzusetzen. Auf den folgenden Seiten werden die Schwerpunkte dargestellt.

SCHWERPUNKT 1: FINANZIELLER HANDLUNGSSPIELRAUM

- **Wirtschaftsförderung**
- **Verbesserung der Standortgunst**
- **Dimensionierung des öffentlichen Angebots**



Die Wiedergewinnung des finanziellen Handlungsspielraums erlaubt es Liestal, sich im Standortwettbewerb zu bewähren. Ein gesunder Finanzhaushalt mit einem Steuerfuss im Mittel vergleichbarer Gemeinden ist das längerfristige Ziel, realistisch für die aktuelle Legislaturperiode sind jedoch der Substanzerhalt der

Infrastruktur, ausgeglichene Budgets und eine langsame Abnahme der Verschuldung bei gleich bleibenden Steuersätzen. Um dies zu erreichen, ist es von entscheidender Bedeutung, dass Liestal einen kontinuierlichen Zuwachs an Steuerzahlern, Einwohnern und Einwohnerinnen sowie Arbeitsplätzen erzielen kann. Dazu soll eine regional verankerte Wirtschaftsförderung eingerichtet werden, die die bestehenden Kontakte pflegt, mit der Ortsplanung günstige Voraussetzungen für Neuansiedlungen schafft, die Verkehrssituation optimiert und mit einem cleveren Standortmarketing die Stärken von Liestal an die Zielgruppen heranträgt.

Weiter muss die Standortgunst verbessert werden, etwa indem Bewilligungsverfahren noch effizienter gestaltet, der hohe Standard im Bildungswesen mindestens gehalten und der Level im Freizeit- und Kulturangebot beibehalten wird.

Weiter wird es in dieser Legislaturperiode darum gehen, das öffentliche Angebot angemessen zu dimensionieren und die Dienstleistungen auf das Wesentliche zu beschränken. Auf der Gebühreseite sind dabei Anpassungen mit Blick auf eine kostendeckende Dienstleistungserbringung nicht ausgeschlossen.

SCHWERPUNKT 2: LEBENSRAUM

- **Förderung der Wohn- und Aufenthaltsqualität**
- **Stärkung des gesellschaftlichen Zusammenhalts**



Die Aufwertung des Lebensraums bedingt eine Förderung der Wohn- und Aufenthaltsqualität. Dieses Ziel war bereits Bestandteil der vergangenen Legislaturplanung, konnte in den letzten vier Jahren aber noch nicht erreicht werden. Handlungsbedarf besteht insbesondere in der Aussenraumgestaltung im und um das Stedtli, wobei hier mit der Einrichtung der Begegnungszone ein guter Anfang gemacht wurde. Mit der nötigen Initiative und vernünftigem Aufwand könnte hier Einiges erreicht werden.

Der gesellschaftliche Zusammenhalt soll mit der Unterstützung gemeinschaftsfördernder Aktivitäten für alle Schichten und Altersstufen und der Integration ausländischer Einwohnerinnen und Einwohner konsequent gestärkt und weiter entwickelt werden.

Erheblich zur Aufwertung der Wohnqualität tragen auch verkehrsberuhigende Massnahmen bei. In allen bedeutenden Wohnquartieren sollen in den kommenden fünf Jahren Tempo-30-Zonen eingeführt werden.

SCHWERPUNKT 3: REGIONALE VERNETZUNG

• Koordination, Kooperation und Partnerschaft



Eine starke regionale Vernetzung bedeutet einen erheblichen Wettbewerbsvorteil. Die Region Liestal hat in der Vergangenheit mehrfach bewiesen, dass sie zusammen arbeiten kann. Dennoch muss die Diskussion um neue Partnerschaften und Kooperationen fortgesetzt und intensiviert werden – mit dem Ziel vor Augen, gemeinsame Lösungen zu finden, die eine Gemeinde alleine nicht oder nicht gleich gut, gleich effektiv und effizient realisieren könnte.

Konkret soll in den nächsten zwei Jahren das Projekt «Poliflex» in die Realität umgesetzt werden. Dieses sieht eine Kooperation der Gemeindepolizeien vor, was unter anderem zu einem höheren Sicherheitsempfinden in der Bevölkerung führen soll. Weiter soll die Zusammenarbeit mit diversen Bildungsinstitutionen, wie etwa der Fachhochschule, Berufsschulen, der Kantonsbibliothek oder der Volkshochschule, am Standort Liestal intensiviert werden. Und auch das regional vernetzte Projekt «Streetwork» (Bild) soll über die nächsten vier Jahre fortgesetzt werden.

«WEITERENTWICKELN, WAS DIE ZUKUNFT LIESTALS FÖRdert»

**Regula Gysin, Stadtpräsidentin,
Vorsteherin Departement Soziales/Gesundheit/Kultur, Sicherheit**



Stadtrat und Stadtverwaltung bauen an der Zukunft Liestals

Mit den vorliegenden Legislaturzielen bauen wir auf Bewährtem auf und entwickeln weiter, was die Zukunft Liestals fordert und fördert. Dem Stadtpräsidium kommt dabei neben der Gesamtführung des Stadtrates die vornehme Aufgabe der Repräsentation und des Ambassadors nach innen und aussen zu. Nur ein möglichst reibungsloses Zusammenspiel von politischer Exekutive und geschäftsvorbereitender und –vollziehender Stadtverwaltung garantiert dabei den gemeinsamen Erfolg. Als Stadtpräsidentin bin ich froh, auf eine tüchtige und leistungsbereite Verwaltung zählen zu können. Als Departementvorsteherin beschäftige mich sodann folgende Themen:

Sicherheit als Grundbedürfnis: Objektive Sicherheit und subjektives Sicherheitsempfinden bilden Grundvoraussetzung des friedfertigen und gedeihlichen Zusammenlebens. Gemeindemarchen sind dabei keine Begrenzung, weshalb ein Aufbau der gemeindeübergreifenden Organisation im Polizeiwesen angestrebt wird. Innerhalb der eigenen Sicherheitsorgane soll die Durchführung von gemeinsamen Übungen mit Feuerwehr, Zivilschutz und Polizei sowie weiteren Rettungs- und Hilfsorganen intensiviert, mit Übungseinsätzen der Partner im Sicherheits- und Rettungsverbund erhöhte Sicherheit produziert werden. Der Gemeindefüh-

rungsstab als übergeordnetes Organ in Ereignisfällen von besonderer Tragweite ist gezielt auf seine Aufgaben vorzubereiten.

Integration als Auftrag: Menschen in Not sollen nicht verwaltet, sondern nach Möglichkeit wieder in den Arbeitsprozess integriert und in die Selbständigkeit geführt werden. Dazu dienen die in der Reorganisation des Dienstes entwickelten Verfahren einer zielorientierten Beratungstätigkeit und geeignete, massgeschneiderte Projekte. Diese gelangen in der kommenden Legislatur systematisch zur Anwendung und sollen zu einer weiteren Verkürzung der Falldauer sowie zur rascheren Ablösung von der Sozialhilfe und verbesserter Integration beitragen. Besonderes Augenmerk ist mit einem speziellen Projekt unter Einbezug der Wirtschaft und Förderung sowie Förderung der Eigenverantwortung der Betroffenen der Jugendarbeitslosigkeit zu widmen. Im Bereich der Betagtenhilfe sollen stufengerechte Betreuungsmodelle je nach Intensität des Hilfebedarfes realisiert werden, um Selbständigkeit zu erhalten und Wahlmöglichkeit anzubieten. Die vielfältigen Aufgaben der Jugendarbeit und die darin tätigen Organisationen müssen besser koordiniert und miteinander vernetzt werden. Jugendliche werden an der Gestaltung ihres Lebensraumes durch gezielte Projekte partizipieren können, damit Liestal für sie alle ein attraktiver Lebensraum wird und bleibt.

Kultur als Sinnstiftung: Kulturangebot und Attraktivität sowie Ausstrahlung Liestals als Wohn- und Kantonshauptort stehen in einem direkten und engen Zusammenhang. In einem kürzlich durchgeführten Ranking sämtlicher Schweizer Gemeinden und Städte schnitt Liestal nicht zuletzt aufgrund des Kulturangebots im Kanton Baselland als Nummer eins ab. Die finanziellen Mittel der Stadt müssen zur Pflege und Entwicklung des gewachsenen Kulturangebots durch Unterstützung von Privatinitiative und Schaffung von Synergien optimal eingesetzt werden. Mit weiteren Kulturprojekten und der Durchführung von Kulturevents mit den in Liestal domizilierten Kulturhäusern soll das traditionelle Angebot mit belebenden Akzenten erweitert und dadurch die Stadt Liestal als attraktives regionales Kleinstädtezentrum gestärkt werden.

«VORSPRUNG DURCH BILDUNG»

Lukas Ott, Vizepräsident des Stadtrates
Vorsteher Departement Bildung



Bildung ist die Basis, auf der jeder Mensch selbständig das Leben gestalten und Verantwortung übernehmen kann. Die Zukunftsinvestition Bildung zahlt sich aus.

Um die Bildungsqualität zu steigern, wollen wir an den Kindergärten und Primarschulen Liestal Qualitätsstandards auf allen Ebenen einführen. Schulinterner Hauptprogrammpunkt ist deshalb nach längerer Vorbereitung die Erarbeitung eines Qualitätsleitbildes im Frühjahr 2006 durch die Lehrpersonen.

Durch die Einführung der umfassenden Blockzeiten im Sommer 2004 haben wir einen namhaften Betrag in das familienergänzende Betreuungsangebot investiert. Seither verzeichnen wir einen signifikanten Zuzug von Familien. Wir haben mit den Blockzeiten also nicht nur die Familien entlastet und das individuelle Lernen gefördert, sondern auch die Standortgunst verbessert.

Und wir wollen noch mehr und früher fördern. Das Projekt «Standardsprache», im Sommer 2004 gestartet, will die Sprachkompetenzen der Kinder als Beitrag zur schulischen Integration und zum gesellschaftlichen Zusammenleben fördern. Hochdeutsch ist damit auch im Kindergarten Unterrichtssprache. Davon profitieren alle Kinder. In der Versuchsphase konzentrieren wir uns vorerst auf Kindergärten mit vielen fremdsprachigen Kindern – und erhalten dort die Chance, Kinder mit Migrationshintergrund oder aus bildungsfernen Schichten zu integrieren. Wer dank Frühförderung Deutsch spricht, hat gute Chancen auf eine Lehrstelle oder einen Job. Auch davon profitieren alle, wenn keine Potenziale verschleudert werden.

«DAS ZIEL IST EINE AUSGEGLICHENE RECHNUNG»

Peter Rohrbach, Stadtrat
Vorsteher Departement Finanzen/Zentrale Dienste



- Strikte Kostenkontrolle
- Prioritäten festlegen: Kosten-Nutzen muss stimmen
- Allen Verpflichtungen nachkommen
- Die Entwicklung von Liestal nicht blockieren

Einnahmen und Ausgaben ins Gleichgewicht bringen hat erste Priorität, die Verschuldung darf nicht weiter zu nehmen, damit nicht mehr soviel Steuergeld für die Bezahlung der Schuldzinsen aufgewendet werden muss. Kurzfristig wird dies nur über eine strikte Kostenkontrolle und Reduktion der Aufwendungen möglich sein, da der Stadtrat die lokalen Einnahmen kaum kurzfristig (positiv) beeinflussen kann.

Das längerfristige Ziel ist eine ausgeglichene Rechnung mit einem Steuerfuss im Mittel vergleichbarer Gemeinden, d.h. ca. 60%. Realistisch für die neue Legislaturperiode sind jedoch «nur» Substanzerhalt der Infrastruktur, ausgeglichene Rechnungen und eine kontinuierliche Abnahme der Verschuldung bei gleich bleibenden – leider hohen – Steuersätzen. Diese Zielsetzung heisst nichts anderes, als dass es auf Jahre hinaus kein «frei verfügbares Steuergeld» geben wird, und so auch vieles Wünschbare auf der Strecke bleiben wird.

Liestal ist ein attraktiver Wohn- und Arbeitsort – die vielen Neubauten der letzten Jahre sind ein deutlicher Beweis dafür. Und Liestal soll dies bleiben. Der Wille, die Hausaufgaben im finanziellen Bereich zu machen, wird nicht Notwendiges verhindern – dazu gehören z.B. die Entwicklung des öffentlichen Raums (raumplanerische Massnahmen) oder das Halten des guten Bildungsangebotes.

In dieser Legislaturperiode soll eine transparente, nachhaltige Finanzpolitik umgesetzt werden. Es sollen Schulden abgebaut und nicht einfach umgelagert werden, z.B. durch ein minimales Investitionsprogramm, das dann in späteren Jahren zu einem sehr teuren Nachholbedarf führen würde.

«FÖRDERUNG DER WOHN- UND AUFENTHALTSQUALITÄT»

Ruedi Riesen, Stadtrat, Vorsteher Departement Stadtbauamt



Wir alle wissen, Liestal leidet unter dem heutigen Verkehrsregime. Dadurch wird auch die räumliche und wirtschaftliche Entwicklung geschwächt. Wie wir diesen Mangel beheben wollen, möchte ich hier kurz skizzieren.

Den Durchgangsverkehr vom lokalen Erschliessungsverkehr zu trennen hat oberste Priorität. Mit dem neuen Verkehrskonzept wird ein grosser Schritt in diese Richtung gemacht. Auf der Grundlage des städtischen Entwicklungsplans 95 und dem kantonalen Richtplan wird das kantonale und das städtische Strassenetz neu definiert. Ein mit dem Kanton koordiniertes Umsetzungskonzept hat die Strassen-Teilprojekte bestimmt. Grosse Bedeutung wird dabei dem öffentlichen Verkehr beigemessen.

Neben den Hauptdurchgangstrassen wird flankierend der Langsamverkehr gefördert. So wurde im Altstadtgebiet die Begegnungszone teilweise umgesetzt. Eine Erweiterung ist vorgesehen. In allen relevanten Wohnquartieren wollen wir Tempo 30 Zonen einzuführen. Der Veloverkehr muss in den neuen Strassenetzplänen mit einbezogen werden.

Das bereits bestehende Parkierungskonzept fördert eine optimale Erschliessung des Wohn- und Geschäftsraums in Liestal. Mit den geplanten Ueberbauungen in der Zentrumszone müssen zusätzliche Parkhäuser geschaffen werden, um die Altstadt an diese neuen Geschäftszonen anzubinden. So kann auch der öffentliche Raum in der Altstadt noch attraktiver gestaltet und genutzt werden.

In dieser Legislaturzeit wird die Gesamtrevision der Ortsplanung abgeschlossen. Dazu gehören auch die Zonenvorschriften Landschaft mit der Erarbeitung eines Konzepts zur Landschaftsentwicklung. Als Teil des neuen Zonenplans Siedlung werden im Gebiet Burgunder neue Wohnquartiere erschlossen. Ideen zur Erweiterung neuer Bauländerweiterungen liegen vor.

In den nächsten Jahren werden in Liestal die Weichen zu einer noch besseren Wohn- und Aufenthaltsqualität gestellt. Ich bin zuversichtlich, dass wir dieses Ziel auch erreichen werden.

«DIE BETRIEBE NACH WIRTSCHAFTLICHEN KRITERIEN FÜHREN»

Marion Schafroth, Stadträtin, Vorsteherin Departement Betriebe



Durch verschiedene, teils einschneidende Massnahmen ist es in den letzten 3 Jahren gelungen, insgesamt jährlich rund Fr. 300'000.– einzusparen. Dieser Schwung soll erhalten bleiben! Ich setze mich dafür ein, dass sich die Betriebe zeitgemäss weiterentwickeln, hin zu einem Unternehmen, das noch vermehrt nach wirtschaftlichen Kriterien geführt und nach den Bedürfnissen seiner Kundinnen und Kunden ausrichtet wird.

Folgende Themen werden wir weiterverfolgen oder neu überprüfen: Reduktion auf das Kerngeschäft, Teilausgliederung von Dienstleistungen, Führung des Werkhofs als Non-Profit-Center. Wir wollen klare Antworten geben auf Fragen wie: Welche Dienstleistungen bieten die Betriebe an? In welchem Umfang? Warum (was ist «Pflicht», was ist «Luxus»)? Wieviel Personal braucht es dazu und wie viel Sachaufwand? Was bieten Private gleichwertig oder gar besser an?

Bis zum Ende dieser Legislatur möchte ich erreichen, dass das Departement Betriebe seine Dienstleistungen aufgrund von im politischen Prozess entstandenen Leistungsaufträgen auf effiziente und effektive Weise erbringt und dadurch seinen Anteil an der notwendigen Ausgabenreduktion der Stadt trägt. Ich bin überzeugt, dass diese Organisationsweiterentwicklung den Bedürfnissen von Einwohner/innen und Steuerzahler/innen entgegenkommt und es gleichzeitig erlaubt, Motivation und Arbeitsplatzzufriedenheit der Mitarbeitenden in den Betrieben zu steigern.